

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

48. Jahrgang.

Nr 149.

Dienstag, den 17. Dezember

1901.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Er scheint**  
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. In amtlichen Theile die gespaltene Zeile 30 Pf.

**Öffentliche Sitzung**  
**des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg**  
Freitag, den 20. Dezember 1901, von Nachmittags 3 Uhr an  
im Verhandlungslokal der unterzeichneten Amtshauptmannschaft.  
Die Tagesordnung ist aus dem Anschläge in der Hausflur des amts-hauptmannschaftlichen Dienstgebäudes zu ersehen.  
Schwarzenberg, am 10. Dezember 1901.  
**Königliche Amtshauptmannschaft.**  
Krug von Nidda.

**Aufzeichnung der Pferde und Rinder.**  
Die Aufzeichnung der in hiesiger Stadt vorhandenen  
a. **Pferde**, einschließlich der Fohlen,  
b. **Rinder** — ohne Unterschied des Geschlechts und Alters — wird durch die Schutzmansschaft in diesem Jahr nächsten  
**Mittwoch, den 18. Dezember dss. Js.**  
vorgenommen werden.

### Herr Witte und der deutsche Zolltarif.

Man mag sich zu dem vorgeschlagenen Zolltarif stellen, wie es auch immer sei: Deutschland ist es seiner Selbstachtung schuldig, darüber selbst zu bestimmen und es wird sich nur durch sein eigenes Interesse, nicht durch das seiner Nachbarn leiten lassen. „Hand wird nur von Hand gewaschen; wenn du nehmen willst, so gib.“ Diesem Grundsatze treu zu bleiben, hat Deutschland schon dadurch erklärt, daß es Verträge auf neue und möglichst langfristige Handelsverträge legt. Dies vorausgeschickt, ist es immer interessant, zu wissen, wie sich das Ausland amtlich zu der aller Wahrscheinlichkeit nach bevorstehenden Erhöhung der deutschen Einfuhrzölle stellt.

Der russische Finanzminister Witte hat sich im „Wjestnik Finanzow“ über seine Stellung zum deutschen Zolltarif geäußert. Er sagt u. A.: „Wenn auch jede Regierung gewissenhaft die Interessen ihres Landes verteidigt, bieten doch internationale Handelsbeziehungen so viel Vorteile, daß die Regierungen bestrebt sind, zu einem Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen Länder zu gelangen, und einen Weg zu suchen, auf dem ein Einvernehmen zwischen zwei Völkern möglich und der Grund zum wirtschaftlichen Kampfe vermieden wird. Was die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland anbetrifft, so sind zwei Wege möglich: 1) Beibehaltung der jetzt bestehenden Tarife, also Verlängerung des jetzigen Handelsvertrages auf eine im voraus festgesetzte Zeit; oder 2) Uebergang zu andern Zolltarifen, deren Höhe unabhängig von den gegenseitigen Interessen der Staaten, welche den Vertrag geschlossen haben, festgesetzt werden und nur das heimische Bedürfnis zur Grundlage haben würden, die verschiedenen Industriezweige jedes Landes gegen die auswärtige Konkurrenz gesondert zu schützen. Diesen Weg wird Rußland notwendigerweise betreten müssen, wenn der deutsche Zolltarifentwurf, welcher auf dem Prinzip des nationalen Egoismus beruht, angenommen wird. Im Jahre 1894 hat sich die russische Regierung dazu verstanden, den Zolltarif zu Gunsten Deutschlands beträchtlich herabzusetzen, einzig weil Deutschland unseren Ackerbauprodukten gleiche Vorteile einräumte. Die russische Regierung hielt es damals für möglich, der russischen Industrie geringeren Schutz zu gewähren zu Gunsten des vom deutschen Markt abhängenden Ackerbaues. Wenn die deutsche Regierung es heute für nötig hält, in Anbetracht der wirtschaftlichen Bedürfnisse ihres Landes die russische Einfuhr der ihr bis jetzt eingeräumten Vorteile zu berauben und die Zölle erhöht, so wird die russische Regierung ebenfalls im nationalen wirtschaftlichen Interesse diesen Nachteil ausgleichen müssen. Dies läßt sich dadurch erreichen, daß unser Tarif den jetzigen Bedürfnissen der russischen Industrie besser angepaßt wird. Es würden in diesem Fall die Zölle wieder auf die Höhe des Tarifs von 1891 gebracht und sogar für gewisse Gegenstände, welche eine komplizierte Arbeit verlangen, noch mehr erhöht werden. Das würde zu einer ganz wesentlichen Abänderung einer ganzen Reihe von Artikeln unseres Tarifs führen. Bei dieser Sachlage würden Deutschland und Rußland Zolltarife haben, welche den Bedürfnissen eines jeden Landes gesondert entsprechen, und zwischen beiden Ländern könnte ein Handelsvertrag abgeschlossen werden, der keine wechselseitige Herabsetzung irgend welcher Zölle festsetzt, sondern beiden Ländern das Meistbegünstigungsrecht sichern würde.“

Wenn das zur Zeit des ersten Nikolaus geschrieben worden wäre, ließe es sich verstehen, denn damals glaubte Rußland, Preußen-Deutschland am Gängelbande zu führen. Heute aber erscheint eine solche Sprache unverständlich. Herr Witte dürfte, wenn er die unter 1) angeführte Möglichkeit für vorhanden hält, der einzige Russe sein, der eine solche Ansicht hegt. Er sagt, andernfalls müßte jeder Staat auf eigene Hand vorgehen, denn auf Grund des neuen deutschen Zolltarifs sei ein neuer Handelsvertrag nicht möglich. Das ist einstweilen eine Behauptung, die sich möglicherweise als haltlos darstellt und von den Tatsachen umgestoßen wird. Aber sein Vorschlag, man möge sich gegenwärtig das Meistbegünstigungsrecht einräumen, ist einfach naiv.

Mit der Meistbegünstigungsklausel im Frankfurter Frieden mit Frankreich hat Deutschland sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Rein, Rußland würde die Gewährung eines Mindestzolltarifs von 5 M. für Roggen mit sehr erheblichen Zugeständnissen bei Industrie-Artikeln erkaufen müssen; andernfalls würde es wohl eher übel 6 M. bezahlen müssen. Ein Zollkrieg ist um so weniger zu befürchten, als Rußland den deutschen Markt mit rund 730 Millionen Mark jährlich in Anspruch nimmt, während Deutschland den Russen nur mit der knappen Hälfte, 360 Mill. beansprucht. — Also bange machen gilt nicht!

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser empfing am 14. d. Vormittags den japanischen Staatsmann Marquis Ito in Privat-audienz.

— Für das Jahr 1902 ist eine stärkere Heranziehung der Mannschaften des Beurlaubtenstandes zu Uebungen beabsichtigt, als sie im laufenden Jahre zur Durchführung gelangt war. Der Anlaß für Uebungsmannschaften auf längere Zeit und zwar auf die Zeit von 56 bis 14 Tagen ist für 1902 genau so berechnet, wie für 1901, der für 13 Tage jedoch bedeutend erhöht. Im Jahre 1901 war er auf 2800 Unteroffiziere und 25200 Gemeine berechnet, für das Jahr 1902 stellt er sich auf 5350 Unteroffiziere und 48110 Gemeine, weist also eine Steigerung von 2550 Unteroffizieren und 22910 Gemeinen auf. Die Uebernahme rührt daher, daß die Mannschaften des Beurlaubtenstandes, welche zufolge der zweijährigen Dienstzeit hingerufen sind, begonnen haben, in das Landwehrverhältnis überzugehen. Deshalb wird nunmehr die Verwirklichung des Restes der bei der Einführung der zweijährigen Dienstzeit als notwendig bezeichneten Vermehrung der Uebungen in Aussicht genommen.

— England. Kriegsminister Brodrick sagte in einer Rede in Glasgow, England habe es jetzt satt, die Buren noch länger als Kriegführende Partei zu behandeln, denn die einzelnen Kommandos seien weiter nichts als Rotten von Banditen. Sie brächen fortgesetzt das Völkrecht und hätten in den letzten Wochen allein über 70 Eingeborene faktl. ermordet, damit sie den Engländern keine Informationen geben könnten. Man habe jetzt vor einem Wendepunkt und müsse mit den bisherigen halben Maßregeln brechen. Die Regierung beabsichtige, alle Rückfichten beiseite zu schieben und werde jetzt energisch und scharf vorgehen. (Welche neuen Schändlichkeiten könnten die Engländer wohl noch ersinnen?)

— Südafrika. Das Londoner Kriegsamt veröffentlichte am 13. Juli datirte Proklamation Krugingers, die man am 8. November an die Thür einer Farm im Berg-River-Distrikt geheftet fand; Kruginger erklärt darin, da die Ansetzung gewisser Distrikte der Kapkolonie vom November 1899 noch in Kraft, sei kein Bewohner aller dieser Distrikte berechtigt, Lebensmittel und Pferde in die Städte und englischen Lager zu liefern oder den Engländern über die Bewegungen der Buren-Truppen Nachrichten zu geben, wie es von den englischen Behörden verlangt worden sei. Jeder, der die Proklamation nicht beachtet, wird mit Einziehung des Eigentums oder, je nach Entschheid der Offiziere Krugingers, mit der äußersten Strenge des Gesetzes bedroht. Jeder Kaffer, der überführt wird, daß er den Engländern Nachrichten liefert, wird erschossen.

— Eine Depesche Lord Kitcheners aus Pretoria vom 13. ds. meldet: Bruce Hamilton überfiel Piet Wiljens Lager bei Witkrans; 16 Buren wurden getödtet und 70 gefangen genommen, ein Geschütz, das die Buren seiner Zeit dem Oberst Benson abgenommen hatten, wurde erbeutet. Madenzie, der mit Bruce Hamilton zusammen operirte, machte 6 Gefangene, darunter die Feldkornets Badenhorst und Swainpoole.

— Japan. Aus Ostasien kommen keine guten Nachrichten. Das japanische Parlament, dem man doch einige Sachkenntnis zutrauen darf, hat sich in keiner Antwort auf die Thronrede nicht günstig über den Stand der Dinge ausgesprochen. Es sollen An-

zeichen von künftigen neuen Verwickelungen vorhanden sein und ein neuerliches Edikt der Kaiserin scheint das zu bestätigen. Zu den unterschiedlichen Forderungen der Mächte an China gehörte auch der Kopf Junglus, dessen Träger man allgemein als den geheimen Oberleiter der Bogenbewegung bezeichnete. Handeln und Bieten macht Kaufleute und in Verfolg der Unterhandlungen verzichteten das vereinigte Europa, Amerika und Japan auf das begehrte Haupt Junglus. Jetzt aber erkennt ein Edikt der Kaiserin dem Junglu die zweijährige Pfaffenfeder zu als Anerkennung dafür, daß er während der Wirren „die Fremden vor den Bogen geschügt habe.“ Und solch edelmüthige Trachteten die Vertreter der Kulturvölker nach dem Leben! Es ist eins der verdienstlichsten Werke der Kaiserin-Regentin, daß sie solchen entsetzlichen Mißgriff verhängt und dem in seiner Ehre so schwer getränkten Junglu eine so glänzende Genugthuung gegeben hat. Hoffentlich haben in Zukunft die Fremden von keinem Schuß nicht wieder so schwer zu leiden, wie während der Wirren!

### Locale und sächsische Nachrichten.

— Schönheide, 13. Dezember. Im hiesigen Postrevier suchte der Briefträger Höber aus Auerbach i. V., der sich ein Dienstvergehen hatte zu Schulden kommen lassen, den Tod durch Erschieren. Er wurde noch rechtzeitig aufgefunden und mußte mit Gewalt von seinem Vorhaben abgebracht werden.

— Dresden. Am 9. dieses Monats und folgende Tage hat eine abermalige Auslosung Königlich Sächsischer Staatspapiere stattgefunden, von welcher die auf 3 1/2 % herabgesetzten, vormals 4 % Staatsschuldenscheine von den Jahren 1852/53/54/55/56/57/58 u. 68, 3 1/2 % dergleichen vom Jahre 1867 und auf 3 1/2 % herabgesetzten, vormals 4 % dergleichen vom Jahre 1869

betroffen worden sind. Die Inhaber der genannten Staatspapiere werden hierauf noch besonders mit dem Hinzufügen aufmerksam gemacht, daß die Listen der gezogenen Nummern in der Leipziger Zeitung, dem Dresdener Journal und dem Dresdener Anzeiger veröffentlicht, auch bei sämtlichen Bezirks-Steuer-Einnahmen, sowie bei allen Stadträthen, Bürgermeistern und Gemeindeverständen des Landes zu Jedermanns Einsicht ausgelegt werden.

— Dresden. Am Donnerstag hat in der Zweiten Kammer Staatsminister v. Bagdors ein recht unerfreuliches Bild über die sächsische Finanzlage entrollt. Er wies auf die steigenden Beträge ungedeckter Matritularbeiträge hin, die Sachsen an das Reich zu leisten habe, und wie sich die Ueberhörsfrüher Jahre in Fehlbeträge verwandelten. Die Fortsetzungen ergaben im Jahre 1900 noch einen Mehrertrag von rund 700,000 Mark, wogegen im laufenden Jahre ein Minderertrag von etwa 400,000 Mark zu erwarten steht. Die sächsischen Hüttenwerke bei Freiberg werden im laufenden Jahre sehr ungünstig abschließen. Es wird sich hier für die Periode 1900/01 schließlich ein Minderüberschuß von rund 470,000 M. ergeben. Besonders ungünstig haben sich schon seit längerer Zeit die Reinerträge der sächsischen Eisenbahnen gestaltet. Schon in der letztvergangenen Periode war ungeachtet der günstigen Verkehrsverhältnisse der erzielte Mehrüberschuß hinter dem im Etat erwarteten um 338,000 M. zurückgeblieben, wesentlich deshalb, weil die Ausgaben in noch weit stärkerem Maße als die Einnahmen gestiegen waren. Das Jahr 1900 schließt mit einem Ausfall von rund 2588,000 M. gegenüber dem Etat. Das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen (der Betriebskoeffizient) hat sich dabei bis auf 75,1 pCt. verschlechtert, so daß also mehr als 1/4 der Einnahmen von den Ausgaben verzehrt wurden. Gegen die Einstellung in den Etat für 1901 aber, die von einer fortschreitenden Verkehrs-nahme ausging, wird voraussichtlich ein Zurückbleiben der Einnahmen um mehr als 6 1/2 Millionen Mark zu erwarten sein, wovon rund 4 1/2 Mill. M. dem Güterverkehr zur Last fallen! Die Verzinsung des Anlagekapitals der sächsischen Staatsbahnen, die im Jahre 1896 noch 5,07 und 1898 noch 4,28 betrug, in den